

Offener Brief

an die beiden Volksparteien CDU und SPD, die sich zur Zeit auf Verhandlungen für eine große Koalition vorbereiten.

Frau Ministerpräsidentin und Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer MdL, CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes, Franz-Josef-Röder-Str. 7, 66119 Saarbrücken

Herrn Partei- und Fraktionsvorsitzenden Heiko Maas, MdL, SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, Franz-Josef-Röder-Str. 7, 66119 Saarbrücken

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer,

Sehr geehrter Herr Maas,

wir mussten leider feststellen, dass unsere öffentlichen Stellungnahmen zur finanziellen Situation des Saarlandes, zu den Positionen der Zukunftsinitiative Saar und die dazu erfolgenden Stellungnahmen der Regierung des Saarlandes und zu den nun anstehenden Koalitionsverhandlungen in der hiesigen Presse nicht berichtet werden, weshalb wir uns nun zu diesem Weg eines offenen Briefes an Sie entschlossen haben.

Zunächst möchten wir Sie beide bitten, die bisher von der Jamaika-Koalition in Gang gesetzten Reformen, vorwiegend im Bildungsbereich, der Energiewende und in der Forst-, Waldschutz- und Jagdpolitik nicht wieder rückgängig zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes würden es kaum verstehen, wenn mit jedem Regierungswechsel die Arbeit der Vorgänger einfach über den Haufen geworfen würde.

Die neue Regierung sollte sich auf jeden Fall beim Bund für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn stark machen, auch hier ist das Hin und Her in einer Frage, die bei den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft schon klar zugunsten eines gesetzlichen Mindestlohnes entschieden war, nicht mehr zu vermitteln.

Vor allem aber bitten wir sehr eindringlich darum, in den nächsten Jahren eine öffentliche Diskussion um die Zukunft des Saarlandes zuzulassen, anzuregen und den Bürgerinnen und Bürgern so die Gelegenheit zu geben, selbst ihre Meinung dazu zur Geltung zu bringen.

Seitdem Frau Kramp-Karrenbauer selbst in Frage gestellt hat, ob das Saarland seinen Verpflichtungen nach der Schuldenbremse nachkommen kann und die Zukunftsinitiative Saar ohne grundlegenden Widerspruch seitens der Regierung dies bestätigt hat, steht die Frage der Existenz des Saarlandes im Raum.

Wir haben dazu ein Konzept vorgestellt, wie mit mehr Wachstum und gleichzeitig großen Einsparungen im Sozialbudget dieses Problem gelöst werden könnte. Wenn die dazu notwendige Kooperation mit dem Bund nicht zustande kommt, sollten das Saarland einen eigenen Weg überlegen. Dazu haben wir konkrete Zahlenmodelle vorgelegt.

Die Sicherung des Industriestandortes Saar ist sicher richtig und wichtig, es muss aber angesichts der Entwicklung des Arbeitsvolumens, das seit 20 Jahren permanent rückläufig ist (IAB) gesehen werden, dass auch bei einer positiven Entwicklung in diesem Bereich die Beschäftigungslage durch Industriearbeitsplätze nicht verbessert werden kann. Und damit greift der Schlüssel zur Lösung der finanzpolitischen Probleme, das ist das Arbeitsvolumen und nicht die wachsende Zahl von Erwerbstätigen, die aber insgesamt weniger Stunden arbeiten, nicht.

Sinkendes Arbeitsvolumen und gleichzeitig steigende Soziale Lasten sind letztlich die Ursache für die Staatskrise, steigendes Arbeitsvolumen durch neue Wachstumsfelder wie Erziehung, Pflege, Bildung, Gesundheit, die gleichzeitig das Sozialbudget um über 80 % absenken würden, wären die Lösung nicht nur der finanziellen Probleme. Mehr Geburten, Abbau der Verarmung der Familien mit Kindern, Entlastung bei der Umweltverschmutzung wären begrüßenswerte „Nebeneffekte“. Voraussetzung dazu ist ein grundlegendes Umdenken in der Frage, was produktive Arbeit ist und wie wir diese bewerten.

Wir fügen in der Anlage unser eine kurzgefasste Projektbeschreibung mit Rechnung bei, aus der sich ergibt, wie wir uns diesen Prozess vorstellen können. Weitere Informationen, insbesondere eine Darstellung der „10 Baustellen“ sind im Internet unter „projekt-saarland.de“ verfügbar. Gerne sind wir bereit, darüber in einem Gespräch zu informieren.

Wir wünschen Ihnen bei den nun anstehenden Verhandlungen eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Mettlach, den 18. Januar 2012

Für die Sprechergruppe:

Hans Ludwig

Mettlach